

Pressemitteilung  
Kiel, 04.05.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Eine neue Landesregierung muss das Leben bezahlbarer machen!**

*Zum Wahlkampf-Endspurt in der Duborg-Skolen am 4. Mai 2022 fordert SSW-Spitzenkandidat Lars Harms von einer neuen Landesregierung bzw. Regierungskoalition in den ersten 100 Tagen die Umsetzung folgender Maßnahmen:*

- Eine neue Regierungskoalition darf keine weiteren finanziellen Belastungen für die breite Bevölkerung beschließen. Dies muss im Koalitionsvertrag ausgeschlossen werden.
- Eine neue Landesregierung muss sich umgehend auf Bundesebene für die Senkung der Mehrwertsteuer und Energiesteuern einsetzen, um den Preisanstieg bei den Energiekosten zu senken.
- Eine neue Landesregierung muss die Mietpreisbremse und Kappungsgrenze für Schleswig-Holstein wieder einführen, um die Mietkostensteigerungen zu begrenzen.
- Eine neue Regierungskoalition muss ein Wohnraumschutzgesetz beschließen, um Mietwucher zu verhindern.
- Eine neue Regierungskoalition muss eine Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen einführen, die von Nichtberechtigten bewohnt werden, und mit dem so gewonnenen Geld neuen Sozialwohnraum schaffen.
- Eine neue Regierungskoalition muss die Abschaffung der Kita-Gebühren schrittweise auf den Weg bringen.
- Eine neue Regierungskoalition muss das Tariftreuegesetz wieder ein-

- führen, um Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern
- Eine neue Landesregierung muss sich für 13 Euro Mindestlohn auf Bundesebene einsetzen.
  - Eine neue Landesregierung muss für SchülerInnen, Auszubildende und Freiwilligendienst-Leistende kostenlose ÖPNV-Angebote schaffen.
  - Eine neue Landesregierung muss den ökonomisch und ökologisch unsinnigen Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel verhindern.
  - Eine neue Landesregierung muss Maßnahmen in Gang setzen, um den Friesisch-Unterricht in Nordfriesland auszuweiten. Hierzu zählt insbesondere die Einrichtung einer Institution, die Lehrpläne und Lehrmaterialien erarbeitet, die Aus- und Fortbildung der LehrerInnen durchführt und die Kontaktstelle für LehrerInnen, Eltern und Schulen in Bezug auf Friesischunterricht ist.
  - Eine neue Landesregierung muss eine gesetzliche Grundlage schaffen, damit die offene Ganztagsbetreuung der dänischen Minderheit gleichberechtigt vor Ort gefördert wird.